

## Wissenschaftspublizistik als Voraussetzung politischer Planung

### I

Wissenschaft und Politik begegnen einander in der modernen Industriegesellschaft auf zwei Ebenen: Der Staat fördert die Wissenschaft, vor allem die Forschung, und die Wissenschaft kann die Staatsführung beraten. In der Bundesrepublik ist die erste Beziehung des Staates zur Wissenschaft bisher noch nicht zureichend, die zweite nur in Ansätzen entwickelt. Vor allem die Handlungswissenschaften, als die hier Natur- und Sozialwissenschaften zusammengefaßt werden sollen, weil ihre Problemstellungen und Resultate den Kreislauf von Wissenschaft, Technologie, Wirtschaft und Politik vor allem beeinflussen, haben diese zweifache Beziehung zur Politik hin möglich gemacht. In den Maßen, wie der Staat die Wissenschaft fördert, ist diese auch in der Lage, umgekehrt den technologischwissenschaftlich vorgegebenen Entscheidungsrahmen auf seine politische Relevanz hin zu untersuchen und zu interpretieren. Das gilt selbstverständlich nicht isoliert für den nationalen Bereich, sondern wird im internationalen Zusammenhang wirksam. Dennoch spielen auch die innerstaatlichen Dimensionen der Beziehungen von Wissenschaft und Politik auf beiden Ebenen eine entscheidende Rolle.

Der gegenläufige Kreislauf von Wissenschaft und Politik sollte übersichtlich und geordnet sein. Das Instrument einer Ordnung ist die Planung. Sie war in der politischen Diskussion der Bundesrepublik unter deren beiden ersten Regierungschefs nicht vorhanden oder wurde tabuisiert. Hier soll unter Planung die sachgerechte Fixierung eines begrenzten Zeitraums auf Grund der gegebenen technologischen und gesellschaftlichen Tatbestände und Trends, der politischen Ziele und der verfügbaren finanziellen Mittel verstanden werden. So verstandene Planung bedeutet, wie es *Hartmut von Heutig* einmal formuliert hat, sein Verhalten so einzurichten, daß sich nichts unvermutet rächen kann. Die Bereitschaft zu einer unideologischen Diskussion einer solchen dispositiven Rahmenplanung ist mit der Etablierung der Großen Koalition in Bonn gewachsen, obwohl man erst in den Bereichen von Wirtschaft, Finanzen und Wissenschaft von konkreten Planungsansätzen sprechen kann. Es ist auch noch nicht hinreichend bedacht worden, daß Planung mit den uns geläufigen und vertrauten Formen der Honoratioren-Beratung zwar vorbereitet und ergänzt, aber nicht durchgeführt werden kann. Dazu bedarf es neuer soziologischer und politischer Arbeitsformen.

Die Planungsdiskussion sollte andererseits freigehalten werden von utopischen Erwartungen, wie sie in der Kybernetik und der sogenannten Zukunftsforschung mitschwingen. Planung muß keineswegs Ausdruck einer im ganzen neuen, oft unpräzisen und emotional geladenen Utopie von möglichen gesellschaftspolitischen Zukunftsentwürfen sein; sie ist zunächst nichts anderes als die systematische Zuordnung von Werten, Zielen, Methoden und Mitteln. Die utopische Übersteigerung von Planungserwartungen mindert eher die Chance, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik dafür zu gewinnen, die Möglichkeiten der Planung realitätsbezogen zu nutzen. Wenn man etwa den Begriff der Kybernetik auf seinen wirklichen Gehalt hin abklopft, dann zeigt sich, daß damit konkret drei Forschungsrichtungen gemeint sind, die sich auf die inhaltliche und methodische Klärung von Informationen, Entscheidungen und Systemen beziehen. Kybernetik als Oberbegriff der Informations-, Entscheidungs- und Systemforschung nimmt dabei eine ähnliche Stellung ein wie der Begriff der klassenlosen Gesellschaft als Sammelbezeichnung für die Ziele und Wünsche der Marxisten. Er verstellt die Situation mehr als er sie erhellt. Planung wird ungenau, wenn sie zeitlich und sachlich zu weit ausgreifen will.

Systemforschung, Entscheidungsforschung und Informationsforschung fordern von der Wissenschaft und von der Politik das Begreifen neuer technologischer, sprachlicher und methodischer Kategorien. Der Informationshorizont in der Politik ist darauf noch weniger vorbereitet als der in der Wissenschaft in ihrer Gesamtheit. Die drei Forschungsrichtungen kennzeichnen Kooperationsfelder von Politik und Wissenschaft, die auch eine neue personale Führungsstruktur erfordern. Uns ist die Vorstellung vertraut, daß Politiker und Wissenschaftler in ihrem Denken und Handeln von unterschiedlichen Normen bestimmt werden. Richtig bleibt daran, daß der Politiker prinzipiell in Aufgaben, der Wissenschaftler hingegen in Problemen denkt. Aber die personalen Anforderungen an den Wissenschaftler wie den Politiker werden einander immer ähnlicher. *Karl Jaspers* hat darauf in seinem Vergleich der Verhaltensanforderungen an Professoren und Parlamentariern hingewiesen. Was heute in Wissenschaft und Politik gebraucht wird, ist Kreativität. Darunter verstehen wir eine Haltung, die etwa durch intellektuelle Neugier, vorausschauende Orientierung, Flexibilität, Empfindsamkeit für neue Informationen und durch die Fähigkeit zur Problemformulierung gekennzeichnet ist.

## II

Wie stellt sich nun die Situation in unserem Lande in den beiden Bereichen der Begegnung von Wissenschaft und Politik, in der Wissenschaftsförderung und in der Politikberatung, praktisch dar?

In der Wissenschaftsförderung finden wir auf der politischen Seite eine Fülle miteinander locker kooperierender Institutionen vor: Bund, Länder, Stiftungen, Wissenschaftsorganisationen. Auf der wissenschaftlichen Seite entspricht dieser Situation die Gliederung der Wissenschaft in eine Vielzahl von Spezialgebieten. Aus beiden Tatbeständen folgt für die wissenschaftspolitische Planung, eine Schwerpunktbildung und eine Arbeitsteilung miteinander verbinden zu müssen.

In der wissenschaftlichen Politik-Beratung der Staatsführung ist die Situation noch unübersichtlicher. Zwar wird die Bundesregierung von mittlerweile mehr als tausend Professoren ständig oder gelegentlich beraten, aber von einer Koordinierung dieser Beratungstätigkeit sind wir weit entfernt. Es gibt nicht einmal eine Institution innerhalb der Regierung, die die erbetenen Hinweise und vorhandenen Ergebnisse der Politik-Beratung auf ihre Verwertbarkeit für die Gesamtpolitik der Regierung registriert, geschweige denn systematisch sichtet und auswertet. Diese Koordination scheidet dabei einmal an dem Ressortpartikularismus, zum anderen an einem diffusen Selbstverständnis des wissenschaftlichen Anspruchs auf Autonomie in der Forschung. *Adolf Butenandt* hat dieses Problem auf der diesjährigen Tagung der Max-Planck-Gesellschaft offen angesprochen und angeregt, den Autonomiebegriff und zugleich die Kooperationsmöglichkeiten von Staat und Wissenschaft zu überdenken und neu zu fassen.

Bei alledem ist zu beachten, daß Planung keine Stufe der Beratung oder der Konsultation ist, sondern die erste Stufe der Entscheidungsbildung. Daraus folgt für Planer und Entscheider, daß man ihre Kompetenzen nicht voneinander trennen kann. Das weitgehende Scheitern der Reformvorschläge des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen z. B. ergab sich aus der fehlenden Kongruenz von Planungs- und Entscheidungskompetenz. Der Wissenschaftsrat leidet, wenn auch nicht in diesem Maße, unter dem gleichen Dilemma. Für das Parlament bedeutet die Hereinnahme der Planung in das politische Instrumentarium, daß sich die Haushaltskontrolle zu einer sachgerechten Plankontrolle entwickeln muß, wenn sie effektiv sein soll. Für die Regierungsebene ist zu konstatieren, daß die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers ohne eine ihm zugeordnete Planungskompetenz weitgehend in der Luft hängen würde.

Zwischen einer zweigleisigen, auf Wissenschaftsförderung und Politik-Beratung gerichteten Planung einerseits und der Wissenschaftspublizistik andererseits gibt es vielfache Zusammenhänge. Zunächst ist eine vernünftige Organisation des Informationsgefüges erforderlich. Für unsere Wissenschaft ist ja kennzeichnend, daß sie nicht nur viele Fach- und Forschungsrichtungen, sondern auch unterschiedliche Sprachen ausgebildet hat. Im Bereich der Handlungswissenschaften sind die Sprachen der Naturwissenschaftler und der Technologen sowie der Sozialwissenschaftler dem jeweiligen Partner oft nur teilweise verständlich.

Die Übersetzung der wissenschaftlichen Fachsprachen in die Politik ist dann erst die weitere, ebenso schwierig zu lösende Aufgabe. Sie wird nicht leichter dadurch, daß in den hohen Rängen der Verwaltung und im Parlament nur verhältnismäßig wenig ausgebildete Naturwissenschaftler und Techniker zu finden sind, ein Mangel, den sich ein Industriestaat vom Zuschnitt der Bundesrepublik in der politischen Führungsstruktur nicht mehr erlauben kann. Institutionell gesehen entspricht dem Schrebergartensystem in der wissenschaftlichen Forschung eine hoheitlich, prestigemäßig abgestufte und pyramidenförmig aufgebaute Gliederung der Verwaltung. Interdisziplinäre Integration der Wissenschaft ist die Antwort auf die eine, sachbezogene Delegation der Verantwortung in der staatlichen Verwaltung die andere Antwort auf beide Tatbestände. Wer das Beharrungsvermögen wissenschaftlicher und staatlicher Institutionen kennt, weiß allerdings abzuschätzen, wie schwierig ein Wandel zu bewirken sein wird. Dennoch müssen wir zu einer neuen Kongruenz von Leistung und institutioneller Verantwortung kommen.

Wir brauchen weiter, um bei der Information zu bleiben, für Parlament, Regierung und Verwaltung zunächst eine Kartei, die über alle Forschungsvorhaben und über möglicherweise politisch relevante Forschungsergebnisse Aufschluß gibt. Inwieweit dabei die Möglichkeiten der Datenverarbeitung nutzbar gemacht werden können, bliebe zu prüfen.

Zweitens benötigen wir für den Bereich der Wissenschaftsförderung einen neuen Typ von Wissenschaftsmanagern, der zugleich in den Zusammenhängen der Politik und der wissenschaftlichen Forschung denken kann. Wir haben solche Wissenschaftsmanager einzeln in der Verwaltung und in den Wissenschaftsorganisationen, ihre Zahl und ihr Einfluß ist jedoch zu gering.

Für den Bereich der Politik-Beratung sind — drittens — „Dauerberater“ erforderlich, das heißt Wissenschaftler, die sich für mehrere Jahre für einen begrenzten Themenkreis der Beratung der politischen Führung zur Verfügung stellen. Das jetzige Honorariumssystem in der Politik-Beratung kann die notwendige Systematik und Kontinuität nicht gewährleisten.

Viertens ist eine Art wissenschaftspolitischer „Dolmetscher“ notwendig, der die Resultate der Forschung in die Sprache der Politiker und deren Fragen wiederum in die Kategorien wissenschaftlicher Forschung übersetzen muß. Wissenschaftsmanager, Dauerberater und „Dolmetscher“ müssen in einer Clearing-Stelle in der institutionellen Nähe des Bundeskanzleramtes zusammengefaßt werden, um die politische Integration der Meinungs- und Willensbildung in der Regierung sichern zu helfen.

Die staatliche Verwaltung bedarf — fünftens — der Ergänzung durch Fach- und Führungsstäbe. Stäbe haben keine Entscheidungskompetenz, sondern eine Beratungsverantwortung. Sie sind mit dem traditionellen Selbstverständnis der deutschen Verwaltung oft nur schwer in Einklang zu bringen. Ein Beispiel dafür ist die Auseinandersetzung um die Einrichtung einer Planungsabteilung im Bundeskanzleramt. Der Chef dieser Stabsabteilung hat es nicht durchsetzen können, ein unmittelbares Vortragsrecht beim Regierungschef zu erhalten. Er wurde in die amtsinterne Hierarchie eingemauert. Darin wird

ein eklatantes Mißverständnis der Funktion deutlich, um die es bei Planungsstäben geht. Sie müssen neben der Ebene der Linie denken und planen können, nicht innerhalb des hierarchischen Kompetenzgefüges. Daraus folgt, daß z. B. der Bundeskanzler sich der ständigen Zuarbeit der Linie und der Konsultation der Stäbe versichern müßte. Wo und wenn das nicht möglich ist, wird die Chance politischer Planung durch das formale Zuständigkeitsdenken in der Verwaltung planiert.

Die Erwägung von Bundeskanzler *Kiesinger*, seiner hierarchisch eingemauerten Planungsabteilung ein Gremium von mehr oder weniger ehrenamtlich tätigen Wissenschaftlern zur Seite zu stellen, weicht umgekehrt in das Schema der Honoratiorengremien aus. Die Bundesregierung ist sich offensichtlich über den Zusammenhang von wissenschaftlicher Information und Wissenschaftsförderung, von Beratung und Entscheidung, von Planung und Koordination noch nicht hinreichend schlüssig geworden. Die Große Koalition würde jedoch eine der modernen Industriegesellschaft angemessene Form der Führung verfehlen, wenn sie es bei dem gegenwärtig erkennbaren Stand ihrer Einsicht beließe.

#### IV

Was folgt nun aus dieser Skizze der Dimensionen politischer Planung für die Wissenschaftspublizistik?

Sie muß inhaltlich, personell und methodisch aus einer Kooperation von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft ihren Sinn erhalten. Wissenschaftspublizistik sollte, wenn sie wirksam sein will, zugleich den Bereich der Wissenschaftsförderung und den der Politikberatung einbeziehen. Engt sie ihren Informationsradius auf einen dieser Bereiche ein, verfehlt sie schon damit den inhaltlichen Kern ihrer Aufgabe.

Geht man von den strukturellen Merkmalen eines demokratischen Gemeinwesens aus, dann ist Transparenz, also Durchschaubarkeit, eine der wichtigen Bedingungen für eine offene Meinungsbildung und wirksame Kontrolle. Die Wissenschaftspublizistik ist hier ein unentbehrlicher Mittler und Vermittler. Wie haben es ja in der Politik wie in der Wissenschaft mit einer gleichzeitig vorhandenen Über- und Unterinformation der Beteiligten zu tun. In der Wissenschaft kann diesem Übel durch bessere interdisziplinäre Zusammenarbeit und durch sprachliche Verständigung begegnet werden. Für die politische Führung des Staates sollte die Wissenschaftspublizistik eine integrierende Darstellung der Probleme und. Resultate wissenschaftlicher Forschung leisten. Ansätze dazu gibt es, aber sie sind in ihren publizistischen Ausdrucksformen einerseits noch zu partiell orientiert und andererseits zur Politik hin kaum wirksam geworden.

Für den unter Zeitmangel leidenden Politiker, ganz gleich, ob es sich um einen Minister, Parlamentarier oder hohen Beamten handelt, könnte eine andere Hilfe gleichfalls eine Erleichterung bedeuten. Wir brauchen einen Informationsdienst, der den Inhalt wissenschaftlicher Veröffentlichungen und Forschungsergebnisse in knapper, für die Politik verständlicher Form wiedergibt. Natürlich ist es ein sympathischer Ausdruck der Meinungsvielfalt, wenn wir uns entscheiden können, den Rezensionsteil der *Zeit* oder des *Rheinischen Merkur* zu Rate zu ziehen. Nur entsteht so, soweit die Politik als Führungsgruppe in Betracht kommt, kein Informationszusammenhang, der annähernd gleiche Voraussetzungen ermöglichen würde. Dieser Hinweis ist kein Plädoyer für publizistische Uniformität, sondern für bessere Kommunikation und Darstellung in der Wissenschaftspublizistik.

Zum dritten wäre es notwendig, daß unsere Wissenschaftspublizistik den Stand und die Problemlage der internationalen Forschung aufnimmt und widerspiegelt. Internationalität ist zwar für die Forscher vor allem im Bereich der Handlungswissenschaften selbstverständlich, eine dementsprechende umfassende Aufnahme des internationalen Forschungsstandes in die deutsche Wissenschaftspublizistik fehlt uns hingegen noch.

Schließlich müssen sich unsere Wissenschaftler und ihre Organisationen darüber klar sein, daß ein kooperatives Selbstverständnis der Wissenschaft eine bessere überregionale Kommunikation voraussetzt, daß also die Wissenschaft als Ganzes sich in ihren Wechselbeziehungen zur Politik sehen und begreifen muß. Unsere Wissenschaftsorganisationen haben eine brauchbare Form zur Verwirklichung ihrer Absichten im Rahmen, der ihnen verfassungsmäßig garantierten Selbstverwaltung bisher nur in Teilbereichen der Forschung entwickelt. Wissenschaftspolitisch dagegen ist etwa die Repräsentation der westdeutschen Hochschulen immer noch dadurch behindert, daß die Westdeutsche Rektorenkonferenz keine ausreichende Autorität beansprucht. Für das Autonomieverständnis der Wissenschaft müssen über die Fakultäten und Universitäten hinaus neue Integrationsformen entwickelt werden, wenn es nicht bei einem sehr unübersichtlichen Nebeneinander bleiben soll. Auch dies ist zu einem guten Teil eine Aufgabe, bei deren Bewältigung die Wissenschaftspublizistik helfen kann.

Ein entscheidendes Problem stellt sich der Wissenschaftspublizistik bei der öffentlichen Diskussion der Haushaltspolitik. Der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung hat zwar wiederholt und mit Recht darauf hingewiesen, die deutsche Öffentlichkeit sei, nicht zuletzt dank der großen Presse, wissenschaftsbewußter geworden. Aber es wäre ein fataler Irrtum, anzunehmen, daß die erforderlichen Zuwachsraten in der Wissenschaftsfinanzierung oder für den Ausbau einer wirksamen Politik-Beratung ohne eine gediegene, planmäßige und wirkungsvolle Selbstdarstellung der Wissenschaft gesichert werden könnten. Der Kampf um den kleiner gewordenen Kuchen der öffentlichen Haushalte wird in Bonn und in den Landeshauptstädten in den nächsten Jahren mit aller Härte geführt werden.

Sich auf die objektive Einsicht in den erforderlichen Vorrang der Wissenschaft einfach zu verlassen, wäre deshalb politisch leichtfertig. Die staatsbürgerliche Verantwortung der Wissenschaftler wird sich in der nächsten Zukunft vor allem darin auswirken können, ob sie es zuwege bringen, die Kooperationschancen der Wissenschaft zur Politik hin plausibel zu machen und auf diese Weise eine enge Partnerschaft mit der politischen Führung zu begründen. Nicht der Rückzug auf wissenschaftliches Prestige und verfassungsmäßige Rechte, sondern der Vorstoß zur Kooperation ist die angemessene, wahrscheinlich auch einzig erfolgversprechende Antwort der Wissenschaft auf die Frage nach dem politischen Stellenwert ihrer Arbeit.

Eine wichtige Voraussetzung für die Wissenschaftspublizistik ist die weitgehende Publizität der wissenschaftlichen Forschungsergebnisse. Der Sektor von Forschungsvorhaben, der geheimhaltungsbedürftig ist, dürfte in den letzten Jahren in der Bundesrepublik zu weit gezogen worden sein. Die wissenschaftliche und damit auch die politische Debatte lebt davon, daß Forschungsergebnisse öffentlich bekannt und diskutiert werden können. Hier ist ein oft unbegründetes Geheimnisdenken geradezu wissenschaftsfremd und mindert überdies die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Staat und Wissenschaft im ganzen erheblich.

*Adolf Butenandt* hat in seinem schon erwähnten Kieler Vortrag davon gesprochen, daß eine europäische und darüber hinausreichende Zusammenarbeit der Wissenschaftler eine wirksame innerstaatliche Kooperation erfordere. Auch das haben wir bisher nur in Ansätzen erreicht. Die Aufspaltung der Wissenschaftspolitik in Landesentwicklungspläne, wie sie in einigen Bundesländern sich abzeichnet, würde zu einer Provinzialisierung der Wissenschaft führen. Das Konzept der Gemeinschaftsaufgaben, auf die Wissenschaft bezogen, hat seinerseits nur dann einen wissenschaftspolitischen Wert, wenn die Wissenschaft als Gemeinschaftsaufgabe vom Bund und allen Bundesländern, nicht aber als die des Bundes oder eines Landes oder als die des Bundes und eines einzelnen Landes begriffen wird. Forschung und Entwicklung brauchen überregionale Kooperationsformen, auf nationaler und auf internationaler Ebene. Eine Finanzreform, die diesen Zusammenhang aus

formellen verfassungsrechtlichen oder aus finanztechnischen Erwägungen übersähe oder ignorierte, würde die Wissenschaft in Deutschland entscheidend treffen.

Auch auf diesen Zusammenhang hinzuweisen, ist eine wesentliche, langfristig außerordentlich wichtige Aufgabe der Wissenschaftspublizistik. Der Verfasser des Gutachtens zur Finanzreform, *Heinrich Troeger*, hat den Begriff des *kooperativen Föderalismus* geprägt. Wir müssen damit ernst machen. Der Bundesstaat bedeutet keine Auffächerung in einen Staatenbund, am allerwenigsten darf das in der Wissenschaft geschehen. Ein kooperativer Föderalismus in der politischen Planung der Wissenschaftsförderung und der Politik-Beratung ist notwendig; ihn durchsetzen zu helfen, dürfte mit Hilfe einer wirksamen Wissenschaftspublizistik leichter gelingen. Der Geist weht weder in der Politik noch in der Wissenschaft nur da, wo er will. Er braucht den Rahmen einer freiheitlichen und präzisen Planung, und er benötigt die Hilfe einer die Wissenschaft angemessen begreifenden und umgreifenden Publizistik.